

*Aus dem Stadtrat: Antrag – Sportstadt Mainz*

## **Starkes Bekenntnis zum Sport in Mainz**

**Stadtrat beschließt einstimmig einen gemeinsamen Antrag von CDU und Ampel**

Bereits im Februar hatte die CDU-Stadtratsfraktion einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, um den Eissportstandort in Mainz zu erhalten, da der Pachtvertrag mit dem Betreiber der Eissporthalle am Bruchweg im Jahr 2024 ausläuft. Wie es danach weitergeht, steht bislang noch nicht fest. Nachdem die Ampel-Parteien signalisiert hatten, sich unserem Antrag anzuschließen und das Thema in einem gemeinsamen Antrag einzubringen, zog die CDU den Antrag zunächst zurück. In der vergangenen Stadtratssitzung konnte dann wie geplant ein gemeinsamer Antrag eingebracht werden. Neben dem Erhalt des Eissports sah er auch vor, dass neue Wasserflächen sowie Hallen- und Sportplatzkapazitäten geschaffen werden und auch das Projekt Großsporthalle mit Nachdruck vorangetrieben wird.

„Sport ist extrem wichtig – er hält gesund, verbindet Menschen und ist ein Teil unserer Gesellschaft“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning in seiner Rede im Stadtrat. Insbesondere die gesellschaftlichen und sozialen Aspekte seien während der Corona-Pandemie sehr deutlich geworden. Das Engagement der unzähligen Sportlerinnen und Sportlern sowie der ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen sei von unschätzbarem Wert für die Stadt. „Grade deshalb müssen wir dieses Engagement ganz besonders wertschätzen, indem wir dringend benötigte Hallen, Trainings- und Wettkampfflächen zur Verfügung stellen“, so Schöning. Diese seien in Mainz leider ein knappes Gut. Insbesondere die Eishalle am Bruchweg sei merklich in die Jahre gekommen, nicht mehr auf dem neuesten Stand und weise einen erheblichen Sanierungsstau auf. Deshalb sei der Antrag ein wichtiges Signal für den Erhalt des Eissports in Mainz. „In der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz soll es auch in Zukunft die Möglichkeit geben, Eissport zu betreiben“, hebt Schöning hervor. Es verstehe sich von selbst, dass energetische Maßnahmen bei den Überlegungen einer modernen Eishalle eine zentrale Rolle spielen müssen, um sie betriebswirtschaftlich zu betreiben.

Auch den Schwimmsport müsse die Stadt ins Visier nehmen, indem sie mehr Wasserflächen zur Verfügung stelle. „Die hohe Quote an Nichtschwimmern bei Kindern und Jugendlichen muss dringend gesenkt werden“, erklärt Schöning. Sowohl mit dem Eissportverein als auch mit dem Schwimmverein habe die CDU im Vorfeld der Sitzung intensive Gespräche geführt. „Mit dem Antrag wollen wir den Vereinen zeigen, dass wir ihre Bedürfnisse gehört haben, sie ernst nehmen und ihnen gerecht werden wollen“, so Schöning.

Darüber hinaus müsse das Angebot an Hallen- und Sportplatzflächen ausgebaut werden. Die Großsporthalle sei dazu ein wichtiger Schritt und solle deshalb schnell realisiert werden.

Am Ende dankte Schöning den Vertreterinnen und Vertretern der Ampel-Parteien, mit denen er sehr gute und konstruktive Gespräche geführt habe, um diesen gemeinsamen Antrag zu ermöglichen. „Ich freue mich darüber, dass wir diesen Antrag gemeinsam auf den Weg bringen konnten“, so Schöning. Bei der Abstimmung votierte der gesamte Stadtrat einstimmig für den Antrag.



CDU-Fraktionsvorsitzender Hannsgeorg Schöning hat sich intensiv mit den Vereinen und der Ampel-Koalition ausgetauscht.

**„Mainz muss auch weiterhin ein Eissportstandort bleiben. Insgesamt brauchen wir mehr Tempo bei der Schaffung neuer Sportflächen.“**



**Aus dem Stadtrat: Anfrage – Rechtsanspruch Kinderbetreuung**

## **Personalsituation in den Kitas angespannt**

### **Für zwei- bis sechsjährigen Kinder fehlen 187 Betreuungsplätze**

In den vergangenen Wochen machten die Erzieherinnen und Erzieher der Kitas Schlagzeilen, weil sie wegen der angespannten Situation in den Kitas zum Streik aufgerufen hatten. Die jugendpolitische Sprecherin der CDU Claudia Siebner kann den Unmut gut nachvollziehen. „Die Lage ist ernst – in der Alterskohorte der zwei- bis sechsjährigen Kinder fehlen 187 Betreuungsplätze“, erklärt Siebner. Dabei seien das lediglich die Angaben aus dem Kindertagesstättenbedarfsplan, der die Wartelisten nicht mit einbeziehe. Die tatsächlichen Zahlen lägen um ein Vielfaches darüber. „Die Stadt hat einfach nicht genug Personal, um alle Stellen zu besetzen und so den Kindern einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen“, sagt Siebner. Das sei auch wenig verwunderlich, denn die Arbeitsbedingungen seien schlecht. Eine hohe Belastung bei gleichzeitig schlechter Bezahlung führten dazu, dass sich immer weniger für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers entschieden. In einer Anfrage im Stadtrat erkundigte sich die CDU danach, wann eine bessere Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher erfolge. Die Antwort der Verwaltung sei jedoch sehr ernüchternd gewesen, denn sie enthielt lediglich den Hinweis darauf, dass tarifliche Änderungen den Tarifvertragsparteien obliegen. „Daran lässt sich erkennen, dass sich die Stadt aus der Verantwortung stiehlt“, so Siebner. Ein höheres Gehalt ist eine der Hauptforderungen des Personals. Vor dem Hintergrund immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten sei das auch verständlich. „Die Erziehung unserer Kinder sollte uns etwas Wert sein“, betont Siebner. Andere Städte, wie beispielsweise Wiesbaden, würden besser bezahlen. Aus diesem Grund sei es dringend geboten, auch in Mainz das Lohnniveau anzupassen, damit die Stadt endlich genügend Erzieherinnen und Erzieher finde.

**Aus dem Stadtrat: Anfrage – Gemeindegewest plus**

## **Wertvolle Arbeit für Seniorinnen und Senioren**

### **Projekt Gemeindegewest plus soll auf alle Stadtteile ausgeweitet werden**

In den letzten Jahren haben die Gemeindegewestern plus in Mainz in verschiedenen Stadtteilen ihre Arbeit aufgenommen. Die Seniorinnen und Senioren schätzen die aufsuchende Arbeit sehr und entsprechend groß ist die Nachfrage. Da derzeit nicht alle Stadtteile bedient werden können, erkundigte sich die CDU-Stadtratsfraktion in einer Anfrage danach, ob das Projekt ausgeweitet werden kann. Gemäß der Antwort der Verwaltung sollen 1,5 neue Stellen geschaffen werden. Dadurch soll das Projekt verstetigt und auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

Das freut die sozialpolitische Sprecherin der CDU Claudia Siebner, denn die Fachkräfte der Gemeindegewest plus seien wichtige Ansprechpartner für die Seniorinnen und Senioren vor Ort. „Sie können entweder Hilfe bei den alltäglichen Dingen vermitteln, die im Alter zunehmend schwerer fallen oder sie können aufzeigen, wie Teilhabe am öffentlichen Leben möglich ist sowie Kontakte zu den Pflegestützpunkten knüpfen“, erklärt Siebner. In der Stadt gebe es ein breites Angebot für Seniorinnen und Senioren, welches von Sportkursen über Ermäßigungen bis hin zu kulturellen Veranstaltungen reiche. Viele Seniorinnen und Senioren kennen diese Angebote, auch unterstützende, jedoch nur unzureichend. Darüber hinaus stünden die Gemeindegewestern plus in Fragen Rund um die Pflege beratend zur Seite. „Sie übernehmen eine wertvolle Schnittstellenfunktion und vermitteln an die Pflegestützpunkte“, so Siebner. Deshalb müsse das Projekt weitergeführt und auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.



Die jugendpolitische Sprecherin der CDU Claudia Siebner setzt sich für eine Verbesserung der Personalsituation in den Kitas ein.



**„Das Lohnniveau der Erzieherinnen und Erzieher muss endlich angepasst werden.“**



**Aus dem Stadtrat: Anfrage – Katastrophenschutz**

## Katastrophenschutz in Mainz

### Stadt muss Hilfsorganisationen aktiv unterstützen und besser ausstatten

Durch die schrecklichen Unwetter vor einigen Monaten sowie durch den Ukraine-Krieg ist der Katastrophenschutz verstärkt in den öffentlichen Fokus gerückt. Besorgte Bürgerinnen und Bürger haben sich mehrfach danach erkundigt, wie der Katastrophenschutz in Mainz aufgestellt ist. Deshalb hat die CDU-Stadtratsfraktion eine Anfrage eingereicht, um dieser Frage auf den Grund zu gehen.

„Obwohl es an der ein oder anderen Stelle noch Nachbesserungsbedarf gibt, ist die Stadt Mainz in Sachen Katastrophenschutz auf einem guten Weg“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Gerster. Es sei mittlerweile auch bei der Stadt angekommen, dass das Thema nicht vernachlässigt werden darf. Gemäß der Antwort auf die Anfrage plane die Stadt Mainz eine sukzessive Verbesserung durch die Beschaffung von Ausstattung und Fahrzeugen, die den Organisationen zur Nutzung überlassen werden sollen. „Eine gute Ausstattung ist essenziell für die Hilfsorganisationen“, erklärt Gerster. In der Vergangenheit habe die Stadt diesbezüglich viel zu wenig getan. Das müsse sich in Zukunft ändern. „Wir fordern, dass die Stadt die Hilfsorganisationen besser ausstattet“, so Gerster.

Darüber hinaus geht aus der Antwort der Verwaltung hervor, dass es in Mainz keine ABC-Schutzräume mehr gebe, da diese vom Bund zurückgebaut wurden. „Der Rückbau der Schutzräume war der Hoffnung verschrieben, dass es in Europa nie wieder einen Krieg gibt – angesichts des russischen Verhaltens in den vergangenen Wochen, sollte diese Annahme jedoch noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden“, so Gerster. Es sei klar, dass der Katastrophenschutz im Hinblick auf den Klimawandel, neue Bedrohungen wie beispielsweise Cyber-Angriffe und weltweite Migrationsbewegungen vor neuen Herausforderungen stehe. Auf diese geänderte Lage müsse reagiert werden. „Wir müssen nach vorne blicken, Prozesse überprüfen und anpassen sowie den Katastrophenschutz aktiv unterstützen“, sagt Gerster.

Den ukrainischen Geflüchteten stehe aktuell ärztliche und psychosoziale Hilfe zur Verfügung. Auch werde den Eltern geflüchteter Jugendlicher und Kinder durch die Jugendhilfe bei der Erziehung geholfen. „Es scheint, dass die Erstversorgung der Geflüchteten ganz gut funktioniert“, so Gerster. Im nächsten Schritt müsse geschaut werden, wie die Kinder und Jugendlichen unterrichtet werden können und wie dem Wunsch der Erwachsenen nach Arbeit entsprochen werden könne.

In einer zweiten Anfrage erkundigte sich die CDU nach der Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall. Die Antwort auf die Anfrage steht allerdings aufgrund des hohen Rechercheumfangs bislang noch aus. „Die Stadt muss ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gerecht werden und wir werden das Thema Katastrophenschutz auch in Zukunft kritisch begleiten“, so Gerster abschließend.



Der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU Thomas Gerster fordert eine bessere Ausstattung der Hilfsorganisationen.



**„Die Stadt muss ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gerecht werden.“**



**Fraktion vor Ort: Neue Laubenheimer Mitte**

## **Desaströse Situation in Laubenheimer Ortsmitte**

### **Umsetzung der Pläne aus 2016 auch bis 2024 nicht geplant**

Seit über zehn Jahren wünschen sich die Laubenheimer Bürgerinnen und Bürger eine Aufwertung der Ortsmitte. Mit dem Projekt „Neue Laubenheimer Mitte“ sollte der Platz rund um das Wilhelm-Spies-Haus neu gestaltet werden. Im Jahr 2016 hat die Verwaltung die Pläne dazu vorgestellt. Seit dem ist jedoch nichts mehr passiert.

Die CDU-Stadtratsfraktion hat sich bei einem Vor-Ort-Termin einen Eindruck von der Situation gemacht. Der Ortsvorsitzende der CDU Laubenheim Norbert Riffel erläutert die Situation. „Der Schotterparkplatz stellt mit seinen tiefen Schlaglöchern eine Gefährdung für die Bürgerinnen und Bürger dar und ist bei Regen quasi nicht zu gebrauchen“, erklärt Riffel. Der Parkplatz werde sarkastisch schon als „Laubenheimer Seenplatte“ bezeichnet. Es bestehe also dringender Handlungsbedarf.

In einer Anfrage im Stadtrat erkundigte sich die CDU-Stadtratsfraktion nach der Umsetzung des Projekts „Neue Laubenheimer Mitte“. Die Antwort ergab, dass das Projekt aufgrund der strukturell angespannten Personalsituation in der zuständigen Abteilung vorläufig zurückgestellt wurde. Die Umsetzung sei während der Laufzeit des Doppelhaushaltes 2023/24 nicht vorgesehen. Für Riffel sei dies unbegreiflich. Er werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Planungen aktualisiert und umgesetzt werden. Schließlich habe er für die Laubenheimer Mitte ein paar gute Ideen. „Wenn der Platz neu gestaltet wird, könnten beispielsweise Stände für einen Wochenmarkt vorgesehen werden – das würde unseren Ortsteil aufwerten und wäre ein echter Gewinn für die Laubenheimer Bürgerinnen und Bürger“, so Riffel. Auch die Stadtratsfraktion werde mit Initiativen versuchen, dieses Projekt zu beschleunigen, ergänzt CDU-Fraktionsvorsitzender Hannsgeorg Schöning.

**Fraktion vor Ort: Zu Besuch bei der Pfarrer-Landvogt-Hilfe**

## **Sanierungsmaßnahmen dringend erforderlich**

### **Das Gebäude der Pfarrer-Landvogt-Hilfe ist in die Jahre gekommen**

Die „Teestube“ der Pfarrer-Landvogt-Hilfe ist seit vielen Jahren in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gebäude untergebracht. Der bauliche Zustand verschlechtert sich jedoch zusehends und in der kommenden Zeit müssen einige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Am dringendsten müssen energetische Maßnahmen umgesetzt werden. Der Austausch der alten Ölheizung steht kurzfristig auf dem Plan. Darüber hinaus müssen mittelfristig auch das Dach und die Fassade mit den Fenstern erneuert werden. Es wäre denkbar, auf der großen Dachfläche eine Photovoltaikanlage zu installieren. Neben den energetischen Maßnahmen muss aber auch der Hof erneuert werden, der bei Regen regelmäßig unter Wasser steht. Auch wäre ein barrierefreier Zugang zum Gebäude wünschenswert, da das Gebäude nur über eine sehr steile Zufahrt zu erreichen ist. „Wir haben ein sehr konstruktives Gespräch mit dem Vorsitzenden der Pfarrer-Landvogt-Hilfe geführt“, erklärt Hannsgeorg Schöning, Fraktionsvorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion. Es läge bereits ein Sanierungsplan vor, doch alleine könne die Pfarrer-Landvogt-Hilfe diese Investitionen nicht stemmen. „Hier muss die Stadt einspringen und gemeinsam mit der Pfarrer-Landvogt-Hilfe ein Konzept erarbeiten, wie die Maßnahmen umgesetzt werden können“, so Schöning. Die CDU werde diesen Prozess begleiten und Unterstützungsinitiativen im Stadtrat auf den Weg bringen.



Die CDU-Fraktion hat sich ein Bild von der Situation rund um das Wilhelm-Spies-Haus in Laubenheim gemacht.



In der Teestube der Pfarrer-Landvogt-Hilfe bekommen wohnungslose Menschen zwei Mahlzeiten am Tag.

**„Die Pfarrer-Landvogt-Hilfe braucht dringend die Unterstützung der Stadt.“**



## **CDU-Stadtratsfraktion Mainz – Liveticker**

### **Infos, Hintergründe, Fakten, Themen und Personen:**

Hier erfahren Sie kurz und prägnant, für was sich die CDU-Stadtratsfraktion in den letzten Wochen in Ihrem Auftrag eingesetzt hat.

**+++ Aktuelle halbe Stunde zu der Situation am Winterhafen – Jugendliche sollen nicht vertrieben werden, aber Nachtruhe muss eingehalten werden +++**

**+++ Stadt Mainz soll zukünftig einen Gutenberg-Preis für digitale Medien verleihen +++**

**+++ Gleich mehrere Anträge für einen kostenlosen ÖPNV abgelehnt – CDU plädiert für 365-Euro-Ticket +++**

**+++ Beirat für Digitalisierung wird eingerichtet – CDU spricht sich dagegen aus: Mangelnde Expertise und hoher bürokratischer Aufwand befürchtet +++**

**+++ CDU lehnt Zweckentfremdungssatzung ab – Zu starker Eingriff in privates Eigentum +++**

**+++ Stadtrat beschließt, dass die Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine ausgebaut werden sollen +++**

**+++ CDU kritisiert mit einer Anfrage das Baustellenmanagement der Stadt – Anwohnerinformation erfolgt unzureichend +++**



**Ihre Meinung ist uns wichtig! Teilen Sie uns gerne Ihre Ideen und Anregungen mit.**



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde der  
CDU-Stadtratsfraktion,

ich wünsche Ihnen und Ihren  
Lieben ein frohes Osterfest und  
schöne Feiertage.

Herzlichst Ihr



Hannsgeorg Schöning